

## BKA

### Bundestrojaner mit US-Know-how

Das Bundeskriminalamt (BKA) kooperiert bei der Entwicklung von Überwachungssoftware eng mit der deutschen Tochter des umstrittenen US-Dienstleisters CSC. Das geht aus einem vertraulichen BKA-Schreiben vom 10. Februar hervor. CSC Deutschland „unterstützt das BKA beim Projektmanagement und bei der Erstellung der Softwarearchitektur für die BKA-eigene Software zur Quellen-TKÜ“, heißt es in dem dreiseitigen Papier – also bei der Arbeit an einem sogenannten Bundestrojaner. Das sind Spähprogramme, die die Kommunikation von Verdächtigen an deren Computer abfangen sollen. Das Verfassungsgericht stoppte 2008 den Einsatz der



Technik zur Onlinedurchsuchung als zu tiefen Eingriff in die Privatsphäre. Seither arbeitet das BKA an einer neuen Lösung. Das Unternehmen CSC geriet als einer der wichtigsten IT-Dienstleister des US-Geheimdienstes NSA in die Kritik. Mba, Gud

## Justiz

### Gigolo-Erpresser wieder frei

Der als Gigolo-Erpresser bekannt gewordene Schweizer Helg Sgarbi ist wieder auf freiem Fuß. Sgarbi, der während einer Liebesaffäre mit der Multimilliardärin Susanne Klatten zunächst 7 Millionen Euro erschwindelt hatte und die Frau dann um weitere 14 Millionen Euro erpressen wollte, konnte seine Zelle in München am 4. Juli verlassen. Zuvor hatte er sechs Jahre Straftat komplett abgesessen, zu denen er vom Land-

gericht München I verurteilt worden war. Anschließend blieb er auf Antrag von Klatten noch weitere sechs Monate in Beugehaft, weil er bis zum Schluss keine Angaben machen wollte, was mit der Beute passiert ist. Inzwischen ist Sgarbi in die Schweiz ausgewandert; sein Frankfurter Anwalt Egon Geis sagte nach einem Treffen in Zürich: „Er hat die Haftzeit unbeschadet überstanden.“ Allerdings hält die BMW-Großaktionärin Klatten weiter einen Titel über 9,5 Millionen Euro gegen ihn in der Hand – darunter einen Anspruch über fast 2,5 Millionen, den sie von zwei weiteren Opfern des Gigolos übernommen hat. Dieses Geld kann sie nicht nur

von Sgarbi, sondern auch von dem mutmaßlichen Drahtzieher der Erpressung einfordern, dem Italiener Ernando Barretta. Dessen Verurteilung zu siebeneinhalb Jahren Haft wurde in zweiter Instanz bestätigt. Barretta bestreitet aber jede Beteiligung. Ihm bleibt nun nur noch der Gang zum Kassationsgericht in Rom als letzter Instanz. amp

## Parteien

### FDP bleibt FDP

Die FDP will ihre Krise nicht durch einen neuen Parteinamen lösen. Ein entsprechender Vorschlag stieß bei einer Führungsklausur der Liberalen am vorvergangenen

Sonntag auf wenig Gegenliebe. Fast alle Präsidiumsmitglieder seien gegen eine Umbenennung, sagte ein Teilnehmer. „Man gibt nicht ohne Not eine Traditionsmarke preis“, erklärte Parteivize Michael Theurer. Die stellvertretende FDP-Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann hatte vorgeschlagen, die Partei solle sich einen anderen Namen geben, weil sie „nicht optimal wahrgenommen“ werde. FDP-Chef Christian Lindner fand eine Umbenennung durchaus erwägenswert. Er war aber verärgert über den Vorstoß Strack-Zimmermanns, weil dieser viel zu früh gekommen sei. „Damit ist die Sache tot“, heißt es in der Parteiführung. ran



## Europa

### Kritik an Junckers Programm

Wenige Tage vor seiner voraussichtlichen Wahl zum Präsidenten der EU-Kommission gerät der Kandidat Jean-Claude Juncker bei den Liberalen und Teilen der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament mit seinem Programm in die Kritik. Juncker hatte in der vergangenen Woche angekündigt, die Troika zur Überwachung von Hilfsprogrammen für Euro-Krisenstaaten abschaffen zu wollen. Das in der Schuldenkrise geborene Dreiergremium aus Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) solle, so Juncker, durch „ein demokratischeres Gremium“ ersetzt werden. Zudem solle der IWF keine Rolle mehr spielen. Junckers Äußerungen riefen in der Sitzung der Konservativen erheblichen Unmut hervor. Mit

Rücksicht auf Länder wie Portugal und Irland, die sich dem Troika-Regime erfolgreich gestellt hätten, und aus Solidarität mit den Geberländern sei die Troika „unverzichtbar“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Herbert Reul. Den Liberalen stößt zudem auf, dass Juncker womöglich den französischen Sozialisten Pierre Moscovici zum Währungskommissar ernennen will. „Wenn Juncker diese Forderungen ernst meint, können wir ihn nicht wählen“, droht Alexander Graf Lambsdorff, Vorsitzender der FDP-Gruppe im Europaparlament. Der designierte EU-Kommissionspräsident kann sich zwar auf eine knappe Mehrheit von Sozialdemokraten und EVP verlassen, er strebt allerdings eine darüber hinausgehende Unterstützung an (siehe Seite 50). csc, gps